

SYSTEMRELEVANT 11

Sebastian Dullien und Marco Herack sprechen über das von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturpaket. Es soll mit „Wumms und Rumms“ die Wirtschaft antreiben. Kann es das wirklich leisten?

Marco Herack:

Heute ist Donnerstag, der 4. Juni 2020. Willkommen zur 11. Ausgabe von Systemrelevant. Im Intro bereits angekündigt: Sebastian Dullien. Ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Wenn ihr, liebe Hörerinnen und Hörer, uns erreichen wollt, um beispielsweise Kritik oder Anregungen an uns weiterzugeben, vielleicht habt ihr ja auch Ideen oder Unmut zu äußern, dann könnt ihr uns erreichen unter systemrelevant@boeckler.de. Ihr könnt uns aber auch auf den sozialen Netzwerken antickern, auf Twitter zum Beispiel [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Sebastian, dich selbst erreicht man auf Twitter als [@SDullien](https://twitter.com/SDullien), also Siegfried Dullien. Na, da hätte ich jetzt natürlich sagen sollen Sebastian Dullien.

Sebastian Dullien:

Sebastian Dullien.

Marco Herack:

Das ist mir auch erst beim Sprechen aufgefallen. Na ja. Ja, wir haben heute das schöne Thema Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Also wir haben da ja schon ein paar Mal drüber gesprochen und jetzt ist es endlich da und es wurde angekündigt mit den Worten „Rumms“ und „Bumms“ und jetzt geht es los und die Konjunktur kommt ans Laufen und die Regierung tut alles, was möglich ist. Ja, Sebastian, das Erste, was mir bei diesem Paket aufgefallen ist, das ist der tatsächlich auch erste Punkt, der in der Pressekonferenz, die gestern Abend noch stattgefunden hat, auch extrem hervorgehoben wurde als die Maßnahme, um die Konjunktur ans Laufen zu bringen, die ganz wichtig ist für die Psychologie dieses Landes. Es gab dann heute schon verschiedene Kommentatorinnen wie zum Beispiel Sabine Rennefanz, die gesagt hat, ja, das ist ja alles schön, aber ich soll jetzt kaufen, kaufen, kaufen so als Bürgerpflicht, irgendwie ist das doch, na ja, ein bisschen komisch und nicht sehr zukunftsgerichtet. Jedenfalls der Mehrwertsteuersatz, der soll gesenkt werden von 19 auf 16 Prozent und von 7 auf 5 Prozent, Letzteres ist der ermäßigte Mehrwertsteuersatz. Und das Ganze kostet den Bund 20 Milliarden Euro. Ich glaube, das Wichtigste ist, das ist vom 1. 7. 2020 bis zum 31. 12. 2020, also eine sehr begrenzte Maßnahme. Und da ist ja dann die Frage, ist das ein Rumms und ein Bumms und alles geht nach vorne jetzt dadurch?

Sebastian Dullien:

Na ja, also das Paket insgesamt ist schon ein kräftiger Schubser. Also ob das jetzt ein Wumms, Bumms, Rumms ist, sei dahingestellt, aber auf jeden Fall ist es ein relevantes Paket und das ist auch super, dass das die Regierung grundsätzlich so gemacht hat, denn solche Sachen waren ja lange umstritten und noch vor ein paar Wochen haben sehr viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus der Ökonomenzunft gesagt, so was brauchen wir nicht und so was sollten wir nicht machen. Und von daher ist das super, dass das die Bundesregierung jetzt so grundsätzlich

entschieden hat. Jetzt kommen wir zu den Details und zu der Mehrwertsteuersenkung, der vorübergehenden, die du schon angesprochen hast. Das wiederum finde ich eher, ja, nicht so geschickt. Also einer der Politiker hat gestern, glaube ich, auch gesagt, das sei das Herz des Konjunkturprogramms und ehrlich gesagt, wenn ich so ein Herz hätte, dann hätte ich, glaube ich, Angst, an Herzstillschwäche zu sterben, denn diese Mehrwertsteuersenkung [Mehrwertsteuererhöhung] wird ehrlich gesagt für die Nachfrage wahrscheinlich reichlich wenig bringen und auf der anderen Seite relativ teuer. Denn man muss sich mal überlegen, was passiert da jetzt. Jetzt ist die Idee, dass die Preise fallen. Ja, aber das wird wahrscheinlich gar nicht so sein, weil viele Unternehmen, die setzen ja nicht den Preis direkt auf den Einkaufspreis plus irgendeinen Faktor, sondern die passen das dann an an so Schwellenwerte. Das ist der Grund, warum die Zahnpasta gerne mal 1,99 Euro kostet oder die Milch 1,09 Euro. Und in diesen Fällen werden die Händler wahrscheinlich nicht, auch gerade, wenn es nur vorübergehend ist, diesen Preis um 2 oder 4 Cent anpassen, sondern das wird einfach mitlaufen und das wird dann in die Marge gehen. Genauso wie in der Gastronomie; die werden ja jetzt nicht alle neue Speisekarten für sechs Monate drucken, um dann meinetwegen die Cola statt für 2 Euro künftig für 1,94 Euro zu verkaufen.

Marco Herack:

Ja, das ist ja vielleicht ein ganz guter Moment, Sebastian, um auch mal zu fragen; so ein Konjunkturprogramm, wenn man das strickt, dahinter steht ja eine bestimmte Denkweise. Also es gab so ein bisschen im Vorfeld die Diskussion, haben wir jetzt momentan eine Nachfrageschwäche oder eine Angebotsschwäche. Erklären wir es mal kurz: Was ist denn eine Nachfrageschwäche und eine Angebotsschwäche?

Sebastian Dullien:

Na, eigentlich versteht man unter Nachfrageschwäche, dass die Menschen aus irgendeinem Grund jetzt nicht mehr kaufen wollen, also sei es, weil sie Angst vor der Zukunft haben, weil sie kein Einkommen mehr haben oder weniger Einkommen haben oder weil sich der Geschmack geändert hat und sie jetzt mehr sparen möchten für die Zukunft. Und Angebotsschwäche ist eben, wenn man sagt, na, da gibt es Beschränkungen bei der Produktion der Unternehmen, die können eben nicht mehr produzieren. Also weil es keine Arbeitskräfte gibt oder weil irgendwelche Rohstoffe knapp sind. Und da gab es in der Tat jetzt die Diskussion, ist das hier eine ... die Corona-Krise, ist das eine angebots- oder eine nachfrageseitige Problematik. Und ich würde sagen, das ist halt so eine Mischung aus verschiedenen Dingen, zumindest was wir jetzt die letzten Wochen gesehen haben. Wir hatten Angebotsprobleme, weil Lieferketten gestört waren und weil Geschäfte jetzt geschlossen sind. Aber wir hatten auch Nachfrageprobleme. Also die Frage ist ja, normalerweise sagt man, wenn die Nachfrage da ist, das Angebot nicht, dann steigen die Preise, weil dann trifft viel Nachfrage auf wenig Angebot. In der Gastronomie war das ja gar nicht der Fall, sondern wir hatten kein Angebot, weil die Geschäfte zu waren und wir hatten auch keine Nachfrage, weil die Leute auch gar nicht in die Restaurants gegangen sind, weil sie wussten, dass das zu war und außerdem weil sie Angst vor der Infektion hatten. Das heißt, das ist so eine Kombination gewesen. Und die Frage ist jetzt so ein bisschen, in der Zukunft, was jetzt die nächsten Monate kommt, denn das Konjunkturpaket greift ja für die

nächsten Monate, haben wir da Angebots oder haben wir da Nachfrageprobleme. Und wir gehören zu einer der Gruppen von Ökonomen, die sagen würden, jetzt kommen ganz viele Nachfrageprobleme, und zwar Nachfrageprobleme, weil die Menschen Einkommen verloren haben, weil sie Angst vor der Zukunft haben und deshalb sich zurückhalten mit ihrem Konsum und wir haben auch Nachfrageprobleme, weil im Ausland oder auch im Inland die Unternehmen Liquidität verloren haben und Eigenkapital verloren haben, deswegen jetzt nicht mehr investieren und dann keine Maschinen bestellt werden. Wenn man dieser Analyse folgt, dann reicht das oder dann ist diese Mehrwertsteuersenkung, die wahrscheinlich vor allem die Gewinnmargen der Unternehmen ein bisschen aufbessert, ist nicht das, was man braucht, weil den Menschen fehlt trotzdem noch das Einkommen und die werden deswegen nicht mehr konsumieren.

Marco Herack:

Zumal bei 3 Prozent, also ich meine, wenn man da irgendwie 1.000 Euro ausgibt und da mal 3 Prozent weniger hat, ist der monetäre Effekt jetzt auch nicht so groß. Deswegen kann man da ja auch nur auf diesen psychologischen Effekt seitens der Bundesregierung hoffen. Angenommen, dass es funktioniert, Olaf Scholz hat das ja gesagt, bitte geben Sie das auch weiter, also Richtung Unternehmen, also gehen wir mal davon aus, alle hören auf Olaf Scholz, würde es dann als psychologische Maßnahme funktionieren können?

Sebastian Dullien:

Also nehmen wir mal an, die Unternehmen geben das jetzt weiter und am 1. 7. werden alle Preise geändert, sind danach eben entsprechend niedriger und man weiß, dass es zum 1. 1., dass sie das Gleiche wieder umgekehrt machen werden und die Preise wieder erhöhen werden, dann kann es sein, und das kennen wir in anderen Ländern, dass es gewisse Vorzieheffekte gibt. Dass ich eben dann Sachen, die ich denke, dass ich die in den nächsten Monaten brauche, dass ich die halt schon im Dezember kaufe und nicht erst im Januar oder Februar. Das kann sein. Da kommt eben rein, dein Argument, sind dann 3 Prozent eigentlich genug für so was. Und da wird man sagen, bei ganz vielen Dingen des täglichen Gebrauchs nicht, vielleicht kaufe ich dann mal zwölf Packungen Zahnpasta und lege die zu meinen ohnehin schon vorhandenen 50 Paketen Klopapier, die ich noch von der Krise in der Kammer habe, da kann man so ein bisschen so was machen. Aber ganz viele Sachen, die wir täglich kaufen, also den Milchkaffee, den ich mitnehme oder wenn ich ins Restaurant gehe, da ist es ja auch begrenzt, was ich da vorziehen kann. Also relevant werden kann das dann für Sachen für wie Handwerkerleistungen, also wenn ich renoviere, da muss ich ja auch die Mehrwertsteuer zahlen und das kann dann recht groß sein. Also wenn ich eine Küche für 10.000 Euro mit einbauen lasse oder so was, dann habe ich da schon 300 Euro gespart. Oder eben beim Kauf von Automobilen. Ich halte es für am allerplausibelsten eben bei den Handwerkern. Bei Autos ist es dann schon wieder fragwürdige, weil wir haben beim letzten Mal eine wesentlich größere Kaufprämie gehabt. Da gab es eine Abwrackprämie von 2.500 Euro und gerade bei so einem Kleinwagen, der vielleicht 10.000 Euro, 15.000 Euro kostet, da ist das eine richtig relevante Summe. Wenn ich jetzt ein Auto von 15.000 Euro kaufe, ist meine Ersparnis hier so grob 450 Euro oder so was. Das kann ich halt relativ leicht sparen, wenn ich das alte Auto noch ein halbes Jahr länger fahre. Da, glaube ich, ist einfach

der Anreiz nicht groß genug an der Stelle. Hinzukommt, und jetzt könnte man sagen, ja, aber wenn ich ein großes Auto kaufe, gibt ja Autos, die 100.000 Euro kosten, da ist es dann richtig relevant. Ja, das sind dann 3.000 Euro, das merkt man, aber man darf halt nicht vergessen, dass in Deutschland 65 Prozent der Neuzulassungen Firmenwagen sind. Also das sind gewerblich zugelassene Fahrzeuge, die werden nicht vom Privathaushalt angemeldet, und die allermeisten dieser Betriebe, die das anmelden, für die spielt die Mehrwertsteuer keine Rolle, weil sie sie weiterberechnen. Und wenn man jetzt noch mal weiter reingeht, die ganzen dicken Porsches, Mercedes, BMWs, also die großen Autos, werden tendenziell bei uns als Firmenwagen zugelassen und nicht als Privatwagen.

Marco Herack:

Es steckt aber in dieser Mehrwertsteuersenkung ja noch etwas drin, was insofern überraschend ist, als dass, wenn wir mal in die jüngere Vergangenheit gucken Richtung Griechenland, da hat die Bundesregierung sich ja noch sehr vehement dafür eingesetzt, dass während der Griechenlandkrise Griechenland nicht nur spart, durch dieses Sparen dann irgendwie versucht, seine Schulden abzutragen, sondern auch Steuern erhöht, nämlich zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf 24 Prozent. Und da kann man ja schon sehen, dass, ja, so ein gewisses Abrücken von einem alten Dogma stattfindet, oder?

Sebastian Dullien:

Ja, man muss es ein bisschen im Verhältnis sehen. Das, was Teile der Bundesregierung zum Teil da Griechenland empfohlen haben, das hätte man ja wahrscheinlich zuhause auch so nicht gemacht oder hätte man versucht, zuhause zu vermeiden. Und da ging es ja auch primär drum, um die Haushalte, den Staatshaushalt auszugleichen. Die haben relativ wenig Rücksicht auf die Kollateralschäden für die Wirtschaft genommen. Jetzt haben wir halt umgekehrte Vorzeichen. Wir sagen, wir haben Geld und wir möchten damit die Wirtschaft stabilisieren. Da hat es allerdings auch ein Paradigmenwechsel gegeben, aber der ist eigentlich schon ein bisschen älter und ein bisschen länger. Also in den 1980, 1990er Jahren hat man gesagt, das wirkt alles nicht, mit der Finanzpolitik eben die Wirtschaft anzukurbeln. Da hat es aber schon ein Umdenken gegeben in den 2000er Jahren. Und 2008 und 2009 hatten wir ja auch in Deutschland schon relativ relevante Konjunkturpakete.

Also diese Konjunkturpakete 2008/2009, die hatten, jetzt kommt es ein bisschen drauf an, wie man es rechnet, weil die Bundesregierung ja gerne immer Mittel mitreinschiebt, die schon woanders standen, also ist nicht immer alles neues Geld, aber diese beiden Pakete damals haben zusammen etwas mehr als 80 Milliarden Euro ausgemacht. Und das waren tatsächlich Stabilisierungsprogramme. Die sind verabschiedet worden, um die Wirtschaft anzukurbeln. War ja diese Abwrackprämie und so drin. Und 80 Milliarden Euro war damals relativ viel Geld. Die Wirtschaft war damals, Bruttoinlandsprodukt bei 2.500 Euro, da sind wir bei etwas mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gewesen. Jetzt heute reden wir, kommt natürlich immer drauf an, wie man es rechnet, aber bei diesem Paket von, ich würde mal sagen, so um die 100 Millionen Euro ungefähr, bei 3.500 Milliarden Bruttoinlandsprodukt heute ist das eher ein bisschen unter 3 Prozent. Und da hat man eben schon vor zehn Jahren gesagt, in außergewöhnlichen Situationen kann

man auch so eine außergewöhnliche Finanzpolitik machen. Es gibt immer noch Gegner dafür, ein paar Leute, die das grundsätzlich falsch finden, das haben wir in den letzten Monaten und Wochen ja gesehen, aber ich glaube, der Konsens ist jetzt tendenziell schon so, dass man so was machen sollte und könnte und das war am Ende auch der Konsens vor zehn Jahren. Glaube, die Überzeugung ist auch, dass das damals ganz gut gewirkt hat und dass man es deshalb jetzt auch wieder macht.

Marco Herack:

Das heißt also, es war eher ein Lerneffekt, der da stattgefunden hat bei der Bundesregierung, aus eigener Erfahrung dann auch.

Sebastian Dullien:

Ja klar. Und man muss ja dazusagen, dass ein paar der Leute, die heute in führenden Positionen da sind, auch damals schon dabei waren. Also Olaf Scholz war damals Arbeitsminister, sein jetziger Staatssekretär Wolfgang Schmidt war damals auch bei ihm schon dabei und die haben damals ja auch das Kurzarbeitergeld zum Beispiel da drin gehabt in dem Paket und haben gesehen, wie gut das in der Form gewirkt hat und das ist einer der Gründe, warum wir das ja jetzt schon im März in den ersten Stabilisierungspaketen mit dabei hatten.

Marco Herack:

Ein zweiter Punkt, den ich ganz interessant fand in dem ganzen Paket, also wir kommen jetzt wieder zurück zu den Details des Ganzen, da steht eine Sozialgarantie 2021 drin, die auch einen Finanzbedarf von 5,3 Milliarden erfordern soll. Und zwar wird da drin mehr oder weniger zugesichert, dass die Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40 Prozent stabilisiert werden. Da habe ich dann mal nachgeguckt und wenn ich das richtig sehe, ist das genau der Sozialversicherungsbeitrag, den man zahlt, wenn man den Zusatzbeitrag bei diesem durchschnittlichen 1,1 Prozent hat sowie kinderlos ist und dann entsprechend etwas mehr bezahlen muss. Sodass man da also sagen kann, das wird dann tatsächlich auf dem aktuellen Niveau stabilisiert und die Einnahmehausfälle, wird garantiert, dass sie zumindest 2021 nicht über höhere Ausgaben kompensiert werden müssen.

Sebastian Dullien:

Ja, das ist richtig und das ist auch eine sinnvolle Sache. Da weiß man natürlich jetzt noch nicht, ob möglicherweise da man da noch mehr Geld braucht. Wenn man jetzt die Bundesregierung hier beim Wort nimmt und sagt, die sagt, die garantiert diese Stabilisierung bei 40 Prozent, dann würde ich davon ausgehen, dass, wenn es ein bisschen teurer wird, dann würden sie eben noch mal eine Milliarde oder so drauflegen. Das ist alles sinnvoll und gut und da sind wir beim Punkt. Es sind ja viele Dinge ... jetzt sind wir gleich mit so einer Kritik eingestiegen, weil wenn man die Mehrwertsteuersenkung als Herzstück des Pakets ansieht, ich dann gesagt habe, das ist dann eine gewisse Herzschwäche. Da sind durchaus wirklich gute Elemente in diesem Paket drin. Das darf man auch nicht übersehen. Diese Stabilisierung der Sozialabgaben ist eins davon. Aber ganz viele dieser Elemente haben das Problem, dass sie dieses Jahr nicht die Konjunktur stützen, dass sie bestenfalls ab 2021 wirken und dann auch eher, ja, statt konjunkturstützend kann man sagen, dass sie verhindern, dass noch Schlimmeres passiert. Ist alles gut und

wichtig, aber das ist eben kein richtiger Wumms, der da jetzt so eine Wirtschaft richtig in Fahrt bringt.

Marco Herack:

Da steht ja auch 2021 bei den Sozialversicherungsbeiträgen, das hat ja so einen Doppeleffekt. Das hilft den Arbeitnehmern wie auch den Arbeitgebern, weil die Arbeitgeber haben ja im Regelfall so einen Arbeitgeberanteil in den Sozialversicherungsbeiträgen mit drin.

Sebastian Dullien:

Ja genau, das ist da die Idee. Die werden ja im Prinzip – jetzt mit ein paar kleinen Ausnahmen und Verschiebungen – werden die ja eigentlich traditionell hälftig getragen. Das heißt, man kann immer sagen, grob die Hälfte davon kommt bei den Arbeitnehmern, Arbeitnehmerinnen an oder verhindert da dann einen Rückgang der Nettoeinkommen, so muss man es ja formulieren und bei den Unternehmen verhindert es oder begrenzt es einen Anstieg der Arbeitskosten.

Marco Herack:

Also ich sage es mal gleich, wir werden das jetzt hier nicht alles einzeln durchgehen, weil, ich glaube, das sind 57 Punkte, die die hier aufgelistet haben. Und 57 Punkte sind für Einzelbetrachtungen, zumal es dann ja auch in den Millionenbereich reingeht, vielleicht dann auch ein bisschen zu viel. Aber so wichtigsten Punkte würde ich tatsächlich gerne durchgehen, weil man da dann doch ganz gut sehen kann, ob die Maßnahme an sich sinnvoll ist. Und die Mehrwertsteuersenkung hat ja, wenn man das so betrachtet, mal mindestens 20 Prozent in dem Paket auch ausgemacht. Also damit ist ja ein Fünftel schon mal abgedeckt, wenn man die 100 Milliarden nimmt. Ein anderer Punkt war diese EEG-Umlage, die uns ja auch schon seit Jahren immer wieder hinterher rennt, wo viele sagen, das ist einfach ein, na ja, nicht so gelungenes Konstrukt, um es mal nett zu formulieren. Und gerade in der Krise taucht jetzt diese EEG-Umlage als Krisenverstärker auf, weil sie dann trotz sinkender Strompreise dazu führt, dass sie selber natürlich ansteigt und die Kosten für den Stromverbraucher nicht gesenkt werden. Und das versucht jetzt die Bundesregierung so ein bisschen aufzufangen, indem sie die EEG-Umlage, und jetzt sind wir wieder bei der Zeitschiene, die du schon genannt hast, in 2021 wie auch 2022 deckelt, nämlich bei 6,5 Cent und 6 Cent.

Sebastian Dullien:

Die EEG-Umlage wird ja dafür – für alle, die es nicht wissen, jetzt grob vereinfacht – benutzt, dass man sagt, wenn ihr erneuerbare Energien ans Netz bringt, habt ihr einen bestimmten Preis, den wir euch garantieren. Und das machen wir so, indem wir den subventionieren, die Differenz zwischen dem Marktpreis und dem garantierten Preis. Und wenn jetzt der Marktpreis fällt und man hat einen festen garantierten Preis, dann braucht man natürlich mehr Geld, um das durchzusubventionieren und dann wird die EEG-Umlage erhöht. Und im Moment ist halt der Strompreis gefallen an der Strombörse und dann ist diese Differenz plötzlich größer und da braucht man jetzt mehr Geld dafür. Das heißt, wenn man nichts machen würde, dann würde jetzt tatsächlich diese EEG-Umlage zum Jahresbeginn steigen, ziemlich deutlich steigen und da tut man jetzt Geld rein, um das zu

verhindern. Das kann durchaus sinnvoll sein, weil es einerseits verhindert, dass die Haushalte nach ihrer Stromrechnung weniger Geld für andere Dinge zur Verfügung haben und außerdem entlastet es die Unternehmen, die viel Strom verbrauchen. Das Problem hier ist jetzt wieder, was ich eben gesagt habe, das ist eine Maßnahme, die ist nicht falsch, sie stabilisiert auch irgendwo was, aber sie gibt keinen Anschlag und, was auch noch wichtig ist, sie wirkt erst ab 2021. Also eigentlich was, ich tue im Moment gar nichts und ich verhindere, dass dann 2021 die Unternehmen und die Haushalte belastet werden. Also eigentlich, es gibt ja drei große Sachen, hast du schon gesagt, die Mehrwertsteuer, dann haben wir die EEG-Umlage und das dritte Große wären diese Soforthilfen für mittlere Unternehmen, die wir eigentlich in anderer Form schon in dem alten Paket hatten und die jetzt auch kein neues Geld sind, sondern wo ich einfach das Geld noch mal wieder weiterverwende und dann noch mal wieder an das Konjunkturpaket reingezählt habe.

Marco Herack:

In auch veränderten Bedingungen. Also die Hilfe für Kleinunternehmer und Unternehmen wird ja jetzt auch teilweise an die Umsätze gekoppelt. Vorher war das jetzt nicht unbedingt zwingend der Fall.

Sebastian Dullien:

Das ist eine Veränderung, wie das ausgezahlt wird, an wen es ausgezahlt wird und in welcher Form, aber es ist eben – und die nennen jetzt auch spezielle Unternehmen, die besonders betroffen sind wie Gaststätten, die Caterer, die Kneipen, Clubs und Bars, ist ja auch alles richtig – nur das ist jetzt kein neues Geld. Das war mein Punkt an der Stelle. Und weil du auch gesagt hast, und ich meine, wenn man diese Punkte jetzt zusammenaddiert, 20 Milliarden für die Mehrwertsteuer, 11 Milliarden für die EEG und dann diese 25 Milliarden für diese Überbrückungshilfen, dann sieht man, dann sind wir schon, ja, bei einem sehr beträchtlichen Anteil dieser 100 Milliarden.

Marco Herack:

Wenn man so ein Konjunkturprogramm strickt, steckt da drin auch die Frage, wie unsere Gesellschaft nach der Krise aussehen soll oder ist das eigentlich eher so ein Ding, wir wollen erst mal, dass irgendwie alles weiterläuft, also so eine Art Notstandsprogramm?

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube, da haben wir auch schon mal drüber geredet, es gibt diese beiden Ziele. Also einerseits will ich ja Unternehmen jetzt retten und möchte Erwartungen stabilisieren und andererseits will ich das Geld ja nicht einfach verbrennen, sondern möchte die Wirtschaft in die richtige Richtung drücken. Und darum sind da eben auch so Sachen drin wie Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft oder Ausbau der Wasserstoffwirtschaft, was sinnvoll ist oder energetische Gebäudesanierung und so was, weil das sind all die Dinge, die die Wirtschaft in die richtige Richtung bringen. Nur, man muss sich klarmachen, dass die unmittelbare Stabilisierungswirkung natürlich zum Teil begrenzt ist, weil manche der Dinge einfach Zeit brauchen. Wir hatten ja auch über die Kaufprämie für Elektroautos geredet. Wenn die Automobilwirtschaft einfach jetzt länger braucht, um darauf umzusteigen und ich so

eine Prämie mache und sage, ja, das nächste halbe Jahr gibt es eine Prämie, dann hilft es überhaupt nichts. Und darum muss man das eigentlich kombinieren und abwägen. Man darf aber halt nicht aus dem Auge verlieren, dass es eben wichtig ist, im Moment auch die Konjunktur zu stabilisieren und wir nicht nur schöne Dinge für die Zukunft in so ein Paket reinschreiben können.

Marco Herack:

Ich wollte mit meiner Frage natürlich erst mal nur auf diesen Zukunftsaspekt draufgehen, weil da sind ja schon, wenn man so durch das Ding durchgeht, sehr verschiedene Maßnahmen drin, wo man sagen kann, hier eine Milliarde für die Förderung in Sachen Wasserstoff, da soll ein Elektrotankstellennetz aufgebaut werden, da wird die Deckelung von Solar weggemacht, dann Erleichterung bei Windkraft, wo man mehr Megawatt eingespeist werden soll und so weiter und so fort. Also das sind ja schon viele Sachen drin, wo man sagen kann, sie erfüllen zumindest mal die Absicht, eine, ja, grundsätzlich ökologische Wende in der Wirtschaft mitzubegleiten oder zu befördern. Sie sind jetzt nicht im Sinne von, ja, dem großen Wurf, den vielleicht mancher erfordert hätte, aber so im Kleinen passiert da sehr viel. Und da ist dann für mich so die Frage, reicht das aus, um einen positiven Effekt in der Wirtschaft zu erzielen, der dann vielleicht auch selbstlaufend ist, nachdem die Maßnahmen auslaufen oder ist das einfach zu wenig und es hilft jetzt erst mal nur, um Investitionen, die ohnehin anstehen, ja, für die Unternehmen zu übernehmen.

Sebastian Dullien:

Ich glaube weder noch. Also ich glaube weder, dass es jetzt die Investitionen übernimmt, die ohnehin anstehen – bestimmte Dinge, die da gefördert werden, würden wahrscheinlich sonst nicht passieren – aber es reicht auch auf gar keinen Fall, dass, wenn ich damit jetzt aufhöre, dass die Wirtschaft dann automatisch auf das CO₂-Neutralitätsziel hinsteuert. Da brauchen wir mehr und da brauchen wir wahrscheinlich irgendwo auch ein paar Preissignale mehr, die jetzt überhaupt nicht drin sind, außer bei der Kfz-Steuer nach CO₂-Ausstoß. Aber wir brauchen auch ganz einfach viel, viel mehr öffentliche Investitionen. Ein Beispiel dazu: Wir haben ja das Problem der Verkehrswende, dass wir, um CO₂-neutral zu werden, nicht nur einfach den Individualverkehr auf E-Autos umstellen müssen, sondern wir müssen einfach auch viel mehr hin zu öffentlichem Personennahverkehr und Fernverkehr mit der Bahn statt mit dem Flugzeug, solche Sachen. Das Programm hat jetzt ein paar Sachen für die Bahn und den ÖPNV und zwar wollen die jetzt 5 Milliarden der Bahnverluste aus dem ersten Halbjahr übernehmen und 2,5 Milliarden der Verluste der ÖPNV-Unternehmen. Warum ist das wichtig? Weil alles, was diese Unternehmen jetzt an Verlust haben, das können die nicht benutzen, um in eine Erweiterung ihres Fuhrparks und ihrer Leistungen zu investieren – die man aber braucht. Und hier gehen die Sachen auch überhaupt nicht weit genug. Also die Bahn wird wahrscheinlich allein 10 Milliarden Verlust aus dem ersten Halbjahr haben durch die, ja, weggefallenen Reisenden. Jetzt nehme ich denen 5 Milliarden ab, die anderen 5 Milliarden müssen die irgendwie aus dem laufenden Betrieb schneiden und natürlich wird es da Einschränkungen beim Personal geben und natürlich werden da irgendwelche Investitionen zurückgestellt. Beim ÖPNV sieht es ähnlich aus. Die Betriebe haben viel mehr Verluste als das, was ihnen jetzt ersetzt wird und das bedeutet halt, dass dann ein paar Busse eben nicht angeschafft

werden. Und das zeigt so ein bisschen, es geht nicht weit genug, wir brauchen viel, viel mehr Investitionen, aber es wird natürlich auch nicht automatisch so laufen, nur weil ich das da mal einmal in die Richtung angestoßen habe.

Marco Herack:

Dann wäre die klassische Antwort darauf, na ja, der Staat muss natürlich auch aufpassen, dass er sich nicht überschuldet und deswegen muss so ein Konjunkturprogramm dann mit Augenmaß und ganz zielgerichtet gemacht werden.

Sebastian Dullien:

Klar, deshalb hätte man sich die 20 Milliarden für die Mehrwertsteuersenkung nehmen können und woandershin packen können. Das wäre wesentlich sinnvoller gewesen. Darüber hinaus, haben wir ja schon mal drüber geredet, ist die Angst vor einer Überschuldung zurzeit nicht ganz so relevant.

Marco Herack:

Was hältst du denn von der Geschichte, dass Eltern 300 Euro erhalten und ein Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende von derzeit 1.908 auf 4.000 Euro erhöht wird? Es gab ja da zur Erinnerung auch sehr große Diskussionen, an denen du ja auch teilgenommen hast. In Richtung eins der größeren Probleme für unsere Wirtschaft ist, dass Eltern nicht arbeiten gehen können, weil sie sich zurzeit um ihre Kinder kümmern müssen, die nicht in den Kindergarten oder in die Schule gehen können oder wenn sie können, dann teilweise ja nur einen Tag in der Woche oder ein paar Stunden in der Woche. Dazu habe ich jetzt hier nicht sehr viel gesehen, sicherlich auch weil das Ländersache ist, aber das wirkt so ein bisschen auf mich wie so ein paar Brotkrumen in diese Richtung geworfen.

Sebastian Dullien:

Vorneweg; wir haben ja auch in dem Gutachten für das Umweltministerium wesentlich größeren Kinderbonus gefordert. Also wir haben vorgeschlagen, dieses Jahr 500 Euro und noch mal recht früh im nächsten Jahr 500 Euro pro Kind. Ich glaube, das ist eine sehr effektive Art und Weise, den Konsum anzukurbeln oder zumindest zu verhindern, dass er weiter zurückgeht und es wäre auch aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten völlig sinnvoll, denn das sind ja oft die Eltern, die jetzt wirklich höhere Belastungen hatten, sei es monetär oder sei es einfach psychisch und durch die Arbeitsbelastung. Und von daher wäre das aus meiner Sicht konjunkturpolitisch sinnvoll gewesen und auch noch gerecht. Die Frage ist jetzt, ja, warum macht ihr denn nicht die Schulen auf. Ich finde, das kann man ja so einfach nicht zusammenwerfen. Wie mache ich denn realistisch die Schulen jetzt auf? Natürlich kann ich sagen, mir sind alle Abstandsregeln, Hygieneregeln egal, ich mache die einfach auf und dann gucke ich, was passiert. Ich glaube, das ist keine besonders schlaue Herangehensweise, denn da gibt es schon ziemliche Risiken, wie ich die Literatur lese und auch wenn man sich jetzt anguckt, was in Göttingen gerade passiert ist mit den Infektionsketten, die zwar nicht in der Schule passiert sind, aber doch auch unter Jugendlichen. Das ist nicht so ganz ohne. Das heißt, man müsste sich irgendwas Kreatives einfallen lassen und hier ist aus meiner Sicht eher das Problem, dass es da an Engagement, Kreativität der Landeskultusministerien, aber auch der lokalen Verwaltungen gefehlt hat. Natürlich könnte man da ein bisschen Geld reinpacken, aber wenn man 20 Milliarden hat für

so einen Unfug wie die vorübergehende Mehrwertsteuerabsenkung, da hätte man wahrscheinlich gar nicht so viel gebraucht. Also zum Beispiel eine Idee, die ich häufiger vertreten habe, ist, warum machen wir nicht so eine Art ABM-Programm für junge Menschen, die jetzt entweder keinen Ausbildungsplatz haben oder nach dem Studium keinen Job finden. Das würde so aussehen, dass man die jetzt sofort einstellt für die nächsten sechs Monate und die machen dann Hilfstätigkeiten in Schulen und Kitas. Und Hilfstätigkeiten kann ja so sein, dass man nach einer kurzen Schulung zum Beispiel Ausflüge mit Kleingruppen von Kindern macht oder dass man eben heute zwischen den Klassen die Klassenräume desinfiziert, was heute ja alles die Lehrer machen müssen. Oder Aufsicht führt in Abiturklausuren, was heute auch die Lehrer machen müssen, die dann eben nicht unterrichten können zur gleichen Zeit oder vielleicht auch den Lehrern helfen bei ihrem Online-Material. All solche Dinge. Und das tut man halt nicht. Aber das ist, glaube ich, keine Geldfrage. Wir merken jetzt bei vielen Dingen, die Geldrestriktion ist nicht das, was uns zurzeit zurückhält bei den Schulen und Kitas, das ist einfach, glaube ich, ein Versäumnis der Politikerinnen und Politiker, die dafür verantwortlich sind. Und dann rächt sich natürlich, dass wir diesen Bereich seit Jahren unterausgestattet haben. Also wenn wir mehr Räume hätten in den Schulen, größere Räume und ein bisschen mehr Puffer in der Personaldecke, dann könnten wir natürlich auch ganz anders mit kleineren Gruppen umgehen. Das gleiche gilt für die Kitas.

Marco Herack:

Kann man der Bundesregierung natürlich zugutehalten, dass sie hier durchaus einen Punkt drin haben, dass der Umbau von Kindergärten und Kitas und Krippen gefördert wird, also auch der Kapazitätsausbau, Erweiterungen, Um- und Neubauten. Es sind dann halt nur eine Milliarde, wo man sich dann wieder fragt, wie weit trägt das.

Sebastian Dullien:

Ja, zumal das ja kein neues Thema ist. Diese frühkindliche Bildung, die Verbesserung des Ganztagesangebots, was dann ja auch bedeuten würde, dass wir, wenn wir für alle Kinder ein Ganztagesangebot hätten, dann wäre einfach mehr Kapazität da, also mehr Stundenkapazität. Und all das ist ja seit Jahren gefordert worden. Und wir hatten das in dem Gutachten mit dem Institut der deutschen Wirtschaft im letzten Jahr mit relativ üppigen Beträgen drin – ein Vielfaches von dem, was da jetzt angesetzt ist – und der Kollege Tom Krebs hat da sehr viel drüber geforscht und auch veröffentlicht und, ja, das ist halt nicht passiert. Das sind jetzt Versäumnisse, die uns auf die Füße fallen. Natürlich könnte man hier auch mehr machen, aber da haben wir echt auch ein bisschen ein Problem mit dem deutschen Föderalismus, weil dieses wirkliche Durchgreifen oder jetzt das Vorschlagen von konkreten Lösungen, die vor Ort funktionieren können, das passiert ja nicht. Anderes Beispiel: Gibt ganz viele Messehallen, die zurzeit überhaupt nicht genutzt werden. Natürlich könnte man da in irgendwelcher Form Unterricht drin machen. Oder Hörsäle, da passt ... in so einen Audimax, da kann ich natürlich eine Klasse reinnehmen, die können gut Abstand halten und dann habe ich jemanden wieder beschult. Aber auf solche kreativen Lösungen kommt derzeit keiner.

Marco Herack:

Ist es vielleicht dann auch das Fazit zu dem Konjunkturpaket, das ist mehr vom

Gleichen? Also es gibt jetzt vielleicht keine Abwrackprämie, aber auf indirektem Wege bekommt die Automobilindustrie ihre Milliarden, es gibt diese Gebäudesanierungsprogramme, man macht bei den erneuerbaren Energien ein bisschen rum, hier und da und überall und alle anderen kriegen noch ein paar Brotkrumen und dann gibt es noch die Mehrwertsteuersenkung oben drauf. Aber, na ja, es ist weder der große Wurf noch ist es irgendwie kreativ, sondern es ist halt einfach nur das, was man schon immer gemacht hat, nur in einem größeren Rahmen.

Sebastian Dullien:

Also das finde ich jetzt ein bisschen unfair, ein bisschen weit gedreht von dir an der Stelle.

Marco Herack:

Okay.

Sebastian Dullien:

Ich würde dir zustimmen, es ist nicht der große Wurf, weil da eben diese Schwachpunkte sind, über die wir geredet haben, aber es ist auch nicht einfach mehr von dem Gleichen, denn diese transformativen Elemente, die wir jetzt drin haben, die haben schon eine sehr andere Natur als das, was wir in dem Konjunkturpaket 2008/2009 hatten. Und es gibt auch andere Sachen, die aus meiner Sicht sehr gut sind, dass sie da nicht drin sind. Also zum Beispiel die Abschaffung des Rest-Solis für die reichsten 5 Prozent der Steuerzahler. Da hätte man auch locker jetzt pro Jahr ... und wenn man das in die Zukunft rechnet, summiert sich das ganz schön ab. Hätte man auch knapp 8, 9, 10 Milliarden reinpacken können. Was wir auch nicht drin haben, ist dieser Evergreen der Unternehmenssteuersatzsenkung, den einige gefordert haben. Das finde ich schon gut, weil das Sachen gewesen wären, die einfach sehr teuer gewesen wären und noch weniger gebracht hätten wahrscheinlich als die Mehrwertsteuersenkung.

Marco Herack:

Was auch völlig fehlt, sind Hilfsmaßnahmen für Soloselbständige. Habe ich jetzt auch nichts entdeckt.

Sebastian Dullien:

Ja, ich glaube, es war irgendwo die Verlängerung drin des vereinfachten Zugangs zur Grundsicherung. Und das hilft natürlich schon manchen Soloselbständigen. Ich habe hier auch den Eindruck, dass das zum Teil ja nicht richtig anerkannt wird, was da eigentlich schon passiert ist. Denn dieser vereinfachte Zugang zur Grundsicherung bedeutet ja, dass, wenn ich ein Soloselbständiger bin und ich jetzt keine Einnahmen mehr habe, kann ich Grundsicherung beantragen und kriege dann auch Miete und Heizung übernommen. Also erstens auf der einen Seite ohne die Vermögensprüfung in der Form, wie man es sonst hat, man muss nur unterschreiben, dass man weniger als 60.000 Euro in liquiden, sofortverwertbaren Mitteln hat, und explizit sind davon Alterssicherungsersparnisse ausgenommen, und dann kann man das kriegen. Also natürlich, wenn ich jetzt in einer Bedarfsgemeinschaft lebe, ist es noch mal was anderes, aber dann kriege ich eben meinen Hartz-IV-Satz und meine ganze Miete und Heizung, egal in was für einer

Unterkunft ich da wohne, in was für einer Wohnung ich wohne. Da habe ich den Eindruck, dass das bei vielen dieser Soloselbständigen in der Form noch gar nicht angekommen ist. Also ich hatte mit einer Kollegin letzstens darüber ein Gespräch, die hat dann gemeint, der arme Journalist, den sie da kennt, der müsste jetzt seine Altersersparnisse aufbrauchen. Aber ich meine, 60.000 Euro in liquiden Mitteln, also Girokonto oder Sparbücher, weiß ich nicht, wer das jetzt hat, ob die große Masse der Soloselbständigen, ob das das Problem ist. Mir scheint eher, dass da viele einfach gar nicht wissen, was das ist und vielleicht Hartz IV so ein bisschen als Stigma sehen, was es in dieser Form jetzt eigentlich nicht sein sollte.

Marco Herack:

Also ich merke, du bist jetzt nicht ganz unzufrieden, aber auch nicht ganz zufrieden. Das ist ja, wie man in der Demokratie sagt, eigentlich immer ein ganz guter Hinweis auf ein gutes Programm, wenn alle nicht so ganz zufrieden sind.

Sebastian Dullien:

Ja, mich wundert es nur, dass ein paar Leute doch wesentlich zufriedener sind als ich und sich so über die Mehrwertsteuersenkung freuen. Da muss man am Ende mal abrechnen und das genau beobachten, wie viel weitergegeben wird und wie viel da einfach in verbesserten Erträgen von Unternehmen landet.

Marco Herack:

Ja, wobei ich da sagen muss, ich glaube, es haben viele Leute erwartet, auch so nachdem, was ich jetzt verschiedentlich gelesen habe, dass jetzt irgendwie die Abwrackprämie kommt, die eigentlich keiner wollte so richtig. Dass noch verschiedene andere Maßnahmen kommen, die du jetzt auch gerade genannt hast, wie Soli, Umsatzsteuer und so weiter, die eigentlich auch keiner so richtig wollte. Und dadurch dass das nicht gekommen ist, ist jetzt erst mal so eine Erleichterung zu verspüren. Und ich fürchte, die wird sich dann noch ausdifferenzieren. Bevor wir aber schließen, Sebastian, habe ich noch eine Frage, weil dieses Wort heute so schön gefallen ist und ich glaube, es ist ganz hilfreich, mal zu verstehen, was damit gemeint ist. Und zwar Claus Michelsen vom DIW hat heut geschrieben auf Twitter: „Vieles dürfte auch dauerhaft das Potenzialwachstum stärken.“ Und da ist für mich die Frage. Was ist denn das Potenzialwachstum?

Sebastian Dullien:

Na, unter Potenzialwachstum, also das Wachstum des Wirtschaftspotenzials, und da müssen wir definieren, was das Potenzial ist. Dieses Potenzial-Output, wie wir das auch nennen, das ist eigentlich das, was eine Volkswirtschaft reibungsfrei, also ohne dass Inflation entsteht, produzieren kann. Und das kann man sich so vorstellen, es gibt halt einen bestimmten Maschinenpark, eine bestimmte Anzahl an denkbaren Arbeitskräften und wenn man die richtig einsetzt, dann hat man eine bestimmte Menge, die man produzieren kann. Also die deutsche Volkswirtschaft könnte nie so viel produzieren wie die Amerikanische, weil wir einfach viel, viel weniger Menschen haben und auch viel, viel weniger Fabriken und so. Und wenn man jetzt darüber redet, dass man sagt, das stärkt das Potenzialwachstum, dann meint man, das sind Maßnahmen, die eben irgendwo entweder meinen Kapitalstock oder die Technologie verbessern, die ich da habe oder eben dafür sorgt, dass mehr Menschen am Arbeitsmarkt teilnehmen können. Also darum sagt man immer,

Ausbau von frühkindlicher Bildung, das erhöht das Wachstumspotenzial, weil dann ja mehr junge Eltern – und vor allem Frauen, empirisch – in den Arbeitsmarkt gehen können und bereitstehen als Arbeitskräfte. Und in der Form ist es auch so, dass, wenn ich jetzt ein Wasserstoffnetz aufbaue, wo dann andere Firmen besser und schneller Sachen produzieren können, werthaltigere Sachen künftig produzieren können, dann erhöht auch das das Potenzial.

Marco Herack:

Interessant. Sebastian Dullien, dann danke ich dir für deine Zeit diese Woche.

Sebastian Dullien:

Gerne.

Marco Herack:

Und, ja, ihr liebe Hörerinnen und Hörer, ihr könntet euch dann noch bei uns melden, wenn ihr dem etwas hinzuzufügen habt, unter der E-Mailadresse systemrelevant@boeckler.de oder dann auch auf Twitter [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Und wenn ihr Sebastian auf Twitter direkt antickern wollt, dann könnt ihr das unter [@SDullien](https://twitter.com/SDullien), also S wie Sebastian, Dullien. In dem Sinne wünschen wir euch noch eine schöne Zeit und bis nächste Woche.

Sebastian Dullien:

Ja, danke, Marco. Und danke fürs Moderieren mal wieder.

Marco Herack:

Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.